



Niema Movassat  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Niema Movassat, MdB, Elsässer Str. 19, 46045 Oberhausen

NaturFreunde Deutschland  
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.  
Ebberg 1  
58239 Schwerte

EINGEGANGEN

29. Okt. 2015

Erl. SLL

Oberhausen, 22.10.2015  
Bezug: Ihr Schreiben vom 05.10.2015  
Anlagen:

**Wahlkreisbüro Niema Movassat**  
Elsässerstraße 19  
46045 Oberhausen  
Telefon: 0208-69691537  
Fax: 0208-69691539  
niema.movassat.ma05@bundestag.de

**BürgerInnenbüro Niema Movassat**  
Severinstraße 1  
45127 Essen  
Telefon: 0201-813377-30  
Fax: 0201-813377-31  
niema.movassat.ma06@bundestag.de

**Niema Movassat, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 227-77160  
Fax: 030 227-76663  
niema.movassat@bundestag.de  
www.movassat.de

Obmann der Fraktion DIE LINKE.  
im Ausschuss für wirtschaftliche Zu-  
sammenarbeit und Entwicklung

### Antwort auf Ihr Schreiben zum geplanten Fracking-Gesetz

Lieber Herr Möller, liebe NaturFreunde,

vielen Dank für Ihr Schreiben. Ich kann Ihren Ausführungen uneingeschränkt zustimmen. Fracking ist mit unverantwortlichen Risiken für Bevölkerung und Umwelt verbunden. Die Gefahren werden durch immer zahlreichere Studien verdeutlicht. Unter anderem kommen auch die vom Umweltbundesamt und der Landesregierung NRW in Auftrag gegebenen Studien zu dem Ergebnis, dass eine Gefährdung der oberflächennahen Wasservorkommen nicht ausgeschlossen werden kann.

Durch den massiven Widerstand der Anti-Fracking-Bewegung und der BürgerInneninitiativen vor Ort ist so viel Druck aufgebaut worden, dass die Regierung ihre Pläne vor der Sommerpause nicht zur Abstimmung stellen konnte. Doch sie scheint weiterhin bereit, unvorhersehbare Risiken für Mensch und Umwelt in Kauf zu nehmen, um die Profitinteressen der Energiekonzerne zu stillen. Von den angekündigten strengen Regeln, welche SPD und CDU noch im vergangenen Jahr als Eckpunkte für eine gesetzliche Regelung zur Förderung von Erdgas- und -öl mittels Fracking vorgestellt haben, ist in den vorliegenden Gesetzesentwürfen längst nichts mehr übrig geblieben. Im Gegenteil: Die Änderungen laufen in Wirklichkeit auf ein Fracking-Erlaubnisgesetz hinaus. Die gesundheitlichen Gefahren scheinen der Großen Koalition keine Sorgen zu bereiten. In ihrer Antwort auf unsere Anfrage im Bundestag zu Gesundheitsrisiken durch Fracking, zur Krebsgefahr bei der Erdgasförderung, zur Prävention von Ge-



sundheitsgefahren und zur Durchsetzung des Verursacherprinzips bei entstandenen Schäden gibt die Bundesregierung zu, dass erste Ergebnisse der Untersuchung der Krebserkrankungen frühestens 2016 vorliegen, und bestätigt nun sogar wörtlich, dass sie keine Notwendigkeit sieht, die Ergebnisse der Ursachenuntersuchung abzuwarten.<sup>1</sup> Das ist ein Skandal.

Währenddessen hat die weltweite Gas- und Ölindustrie auch in NRW eine vermeintliche Goldgrube entdeckt: Große Energiekonzerne wie ExxonMobil, Wintershall und GdF-Suez haben einen neuen Wettlauf um Schiefergas ausgerufen und ganze Regionen unter sich aufgeteilt. In NRW umfassen die Aufsuchungsergebnisse gut 60 Prozent der Landesfläche. Hinzu kommen Firmen mit einer zweifelhaften finanziellen Ausstattung, die im Schadensfall die extrem aufwändige Sanierung von Umweltschäden nicht sicherstellen können.

Dabei besteht nicht einmal ein öffentliches wirtschaftliches und energiepolitisches Interesse an der Gewinnung von unkonventionellen Gasvorkommen in Deutschland. Dies bestätigt auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen in seinem Bericht<sup>2</sup>.

Im Mai diesen Jahres hat DIE LINKE im Bundestag einen Antrag gestellt, in dem wir die Bundesregierung aufforderten, durch eine Änderung im Bundesberggesetz sicherzustellen, dass die Aufsuchung und Gewinnung von Bodenschätzen durch Fracking ohne Ausnahme verboten wird.<sup>3</sup> Statt uns zu folgen, planen Union und SPD Fracking je nach Gesteinsformation generell zu erlauben oder vorerst einzuschränken. Dadurch ändert sich aber grundsätzlich nichts: Fracking bleibt Fracking. Für die Beurteilung wird die frackingfreundlich besetzte Expertenkommission zuständig sein.

---

<sup>1</sup> Siehe Drucksache (18/6024): <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/060/1806024.pdf>

<sup>2</sup>Vgl. <http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/fracking-zur-schiefergasfoerderung>

<sup>3</sup> Siehe die Drucksache (18/4810): <http://dip.bundestag.de/btd/18/048/1804810.pdf>



Wir LINKEN fordern ein echtes Fracking-Verbot ohne Ausnahmen. Ich werde im Bundestag gegen den Fracking-Gesetzesentwurf der Großen Koalition stimmen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Niema Movassat'. The signature is fluid and cursive.

Niema Movassat, MdB